

IM HAMSTER- RAD DER KONKURRENZ

Interview: Merle Groneweg

Die politische Ökonomin Sabine Nuss erklärt, wieso Armut in einer Gesellschaft des Überflusses existiert und warum auch Sozialstaat und Chancengleichheit das Problem nicht an der Wurzel packen.

Die Vorstellungen davon, was „Armut“ bedeutet, sind historisch, gesellschaftlich, aber auch individuell sehr unterschiedlich. Das Statistische Bundesamt bezeichnet Menschen in Deutschland dann als „armutsgefährdet“, wenn sie weniger als sechzig Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. Was bedeutet das? Armut wird hier als relative Größe betrachtet. Sie wird ins Verhältnis zum Medianeneinkommen in Deutschland gesetzt. Das heißt, es wird der Betrag ermittelt, der das Einkommen in Deutschland teilt: Die Hälfte der hier lebenden Beschäftigten verdient mehr als diesen Betrag, die andere Hälfte weniger. Alle, die mit ihrem Einkommen unterhalb von sechzig Prozent dieser Schwelle liegen, gelten als armutsgefährdet. Um es plastisch zu machen: Bezogen auf einen Ein-Personen-Haushalt galt man im Jahr 2024 unter einem Nettoeinkommen von 1378 Euro pro Monat als armutsgefährdet.

Es gibt jedoch eine breite Debatte darüber, ob Armut relativ oder absolut gemessen werden soll. Misst man sie absolut, würde das bedeuten, zu sagen, dass ein Mensch eine bestimmte Summe braucht, um ein würdiges Leben führen zu können, unabhängig von der Einkommensverteilung in der Gesellschaft. Wie man Armut definiert, ist also hoch politisch, weil sich daraus natürlich Forderungen an die Politik ableiten lassen.

Und wie definierst du Armut?

Ich würde eher damit beginnen, was eine Gesellschaft tatsächlich in der Lage ist zu produzieren. Die Tafeln werden überrannt von hungrigen Menschen, während die Supermärkte randvoll sind mit Lebensmitteln, wobei das, was sich nicht verkauft, im Hinterhof in Containern entsorgt wird. Es wäre genug für alle da, das gilt sogar global. Nimmt man das zum Maßstab,

wird sichtbar, dass der gesellschaftliche Modus von Produktion und Verteilung höchst dysfunktional ist. Der Kapitalismus – erst einige wenige Hundert Jahre alt – ist mit seinem Wachstumszwang eine regelrechte „Produktionspeitsche“. Wir kennen die Bilder von Butterbergen, Industriehallen oder das Phänomen, dass es zu viel Milch gibt, die dann die Bauern zwingt, unter ihrem Produktionspreis zu verkaufen, wodurch sie Gefahr laufen, pleitezugehen. In früheren Gesellschaften gab es Krisen, weil es Mangel gab; im Kapitalismus haben wir Krisen, weil es Überfluss gibt.

Armut wird häufig als individuelles Versagen dargestellt. Klar, diese Behauptung ist tief in den Köpfen verankert. Wir alle kennen diese Redewendungen: Ohne Fleiß kein Preis; jeder ist seines Glückes Schmied; jede kann es schaffen, wenn sie sich nur anstrengt. Das ist das Schmieröl für das berühmte Hamsterrad, in dem die Menschen sich in Konkurrenz zueinander abrackson.

Gleichzeitig gibt es jedoch auch die Einsicht, dass manche wirklich nichts dafür können. Das sind dann die „wirklich Bedürftigen“ im Sozialsystem. Die, die „unverschuldet“ arm geworden sind, heißt es dann. Das verstärkt die Individualisierung von Armut, ein starkes Framing: Wenn es unverschuldet Armut gibt, ist der Rest selbstverschuldete Armut.

Liberale reformistische Ansätze zielen u.a. darauf ab, die „Startchancen“ zu verbessern bzw. sich für „Chancengleichheit“ einzusetzen. Das Bildungssystem müsse sich ändern, Diskriminierung am Arbeitsplatz reduziert werden. Wie blickst du darauf? Auch die Kritik an mangelnder Chancengleichheit ist eine Form der Individualisierung, obwohl sie erst mal als Klage über gesellschaftliche Zustände daherkommt. Es wird ja – durchaus zu Recht – moniert,

„Die Ungleichheit ist nicht aufhebbar, solange die Klassenstruktur weiter existiert.“

Dossier

sozialer Politik eingelegt. Neoliberalismus ist und war ein Projekt der Verschärfung sozialer Ungleichheit. Diese Ungleichheit ist aber auch nicht ganz aufhebbar, solange die Klassenstruktur weiter existiert.

Was macht diese Struktur aus? Man kann das gut verstehen über die Frage, wer eigentlich über die Mittel bestimmt, die wir brauchen, um zu leben. Also: Wir müssen alle essen, trinken, wohnen, uns fortbewegen, das heißt: konsumieren. Das, was wir konsumieren, fällt aber leider nicht vom Himmel, sondern muss hergestellt werden. Womit stellen wir das her? Mit Maschinen, mit Werkzeugen, mit Computern, mit Naturressourcen und so weiter. Das sind dann die produktiven Mittel. Wer über diese produktiven Mittel – das produktive Eigentum – verfügt und bestimmt, hat recht viel Macht darüber, was produziert wird – und zu welchen Bedingungen, zu welchem Zweck, für wen wie viel und zu welchem Preis. Diese Entscheidungen haben eine enorme gesellschaftliche Auswirkung. Unternehmensmacht ist höchst konzentriert. Laut Bundesbank ist das Betriebsvermögen in Deutschland die am ungleichsten verteilte Vermögensgröße.

Du verstehst Reichtum und Armut als zwei Seiten derselben Medaille. Ja. Die privilegierten Personen, die über das produktive Eigentum verfügen, kaufen Arbeitskräfte ein. Das können sie deshalb, weil es massenweise Menschen gibt, die selbst kein produktives Eigentum oder Kapital haben und deshalb gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Diese Eigentümer bezahlen für deren Arbeit natürlich einen Lohn. Aber – und das ist die Krux – der Wert des Lohns liegt immer unter dem Wert, den die Lohnarbeitende im Arbeitsprozess neu erzeugt hat. Die Differenz zwischen dem bezahlten Wert und dem höheren neu geschaffenen Wert landet dann in der Bilanz des Unternehmenseigentümers als Gewinn. Mit anderen Worten: Es ist die Arbeit der vielen, die den Reichtum der wenigen erzeugt. Vermögen basiert auf der Aneignung fremder Arbeit.

Der berühmte Ausdruck, dass man sich „hocharbeiten“ kann, stimmt also nicht zwangsläufig? Die Individualisierung von Armut, die für Reichtum übrigens genauso gilt – Stichwort der clevere Investor –, basiert ja auf der Annahme, dass eigene Arbeit Eigentum schafft: Das Ergebnis deiner Arbeit gehört dir. Deshalb, so der Umkehrschluss: Wenn du wenig hast, hast du dich offensichtlich nicht genug angestrengt. Wir haben aber gesehen: Der Reichtum der wenigen entsteht durch die Aneignung der Arbeit anderer. Wenn ich das nicht erkenne, sondern der stillschweigenden Annahme einer grundsätzlichen Identität von Arbeit und Eigentum folge, dann ist das eine Form von Leistungsideologie, die gerade in Krisenzeiten zu erschreckenden Hassstirnen führen kann, wovon wir in den letzten Jahren genug gehört haben, etwa bei der Diffamierung der Bürgergeld-Empfänger:innen.

Dabei gehört gerade Arbeitslosigkeit auch zum krisenanfälligen Kapitalismus, oder? Ja, die Art, wie die Unternehmen in Konkurrenz und unter Bedingungen von Wachstumszwang wirtschaften, ist extrem krisenhaft, sie erzeugt in regelmäßigen Abständen mal mehr, mal weniger „überflüssige Menschen“, wenn diese z.B. nicht mehr als

Es gibt liberale Ökonom*innen und Politiker*innen, die haben nicht nur mit Armut kein großes Problem, sondern sehen darin sogar einen gewissen Nutzen für die Gesellschaft.

dass z.B. Herkunft und Geschlecht eine Rolle für die soziale Durchlässigkeit spielen, also dafür, wie leicht oder schwer es jemand hat, aufzusteigen. Kinder aus Arbeiter*innenfamilien haben es systematisch schwerer, während Kinder aus reichen Familien oft auch reich werden, nicht zuletzt, weil sie erben. Schlechte Ausgangsbedingungen sind durchaus ein Grund dafür, im Wettbewerb schlechter voran zu kommen, was dann dazu führen kann, in der Armut zu verbleiben. Deshalb bin ich nicht dagegen, sich für sogenannte Chancengleichheit einzustehen. Man sollte sich aber darüber bewusst sein, dass das unter den gegebenen Verhältnissen immer auch eine implizite Befürwortung des Wettbewerbs ist und damit widersprüchlich. Denn das ist einer der wesentlichen sozialen Handlungsmodi für strukturelle Ungleichheit: Wo Wettbewerb, da Gewinner und natürlich auch Verlierer.

In Westdeutschland wurden nach dem Zweiten Weltkrieg viele Maßnahmen eingeführt, um den kapitalistischen Wettbewerb sanfter zu gestalten, Stichwort „Soziale Marktwirtschaft“: Es galten höhere Steuersätze für Reiche und Unternehmen, während sozialstaatliche Maßnahmen die Konsequenzen etwa von Arbeitslosigkeit stärker abgedämpft haben. Ja, die Sozialpolitik kann die ungleichen Verhältnisse abmildern – oder eben verschärfen. In den letzten Jahrzehnten haben wir Letzteres erlebt. Die Vermögenssteuer wurde nie wieder erhoben, nachdem das Bundesverfassungsgericht sie kassiert hatte, der Spitzesteuersatz wurde abgesenkt etc. Gleichzeitig gibt es in Anbetracht der übrigens auch menschengemachten Inflation einen Reallohnerlust. Eine Möglichkeit, über Steuerpolitik die Ungleichheit etwas abzumildern, wäre, die Mehrwertsteuer abzuschaffen, z.B. auf Grundnahrungsmittel. Das ist eine Verbrauchssteuer und die sozial ungerechteste Steuer, da sie von allen Einkommensklassen bezahlt wird. Und natürlich sollte der Mindestlohn genauso wie die Sätze für Bürgergeld-Empfänger:innen stark erhöht und die Sanktionen abgeschafft werden. Das wären alles sinnvolle Reformen. Die strukturelle Ungleichheit würde damit aber nicht abgeschafft.

Warum nicht? Wir leben ja immer noch in einer Klassengesellschaft, auch wenn viele denken, das sei Schne von gestern. Eine Klassengesellschaft ist durch soziale Ungleichheit gekennzeichnet. Das bedeutet, sie ist nur fähig zur Korrektur, also zur Abmilderung der Härten, z.B. durch politische Reformen oder gewerkschaftliche Kämpfe. Je nach historischen Bedingungen. Die neoliberalen Ideologie und Praxis der letzten Jahrzehnte hat Gewerkschaften geschwächt und den Handlungsspielraum von

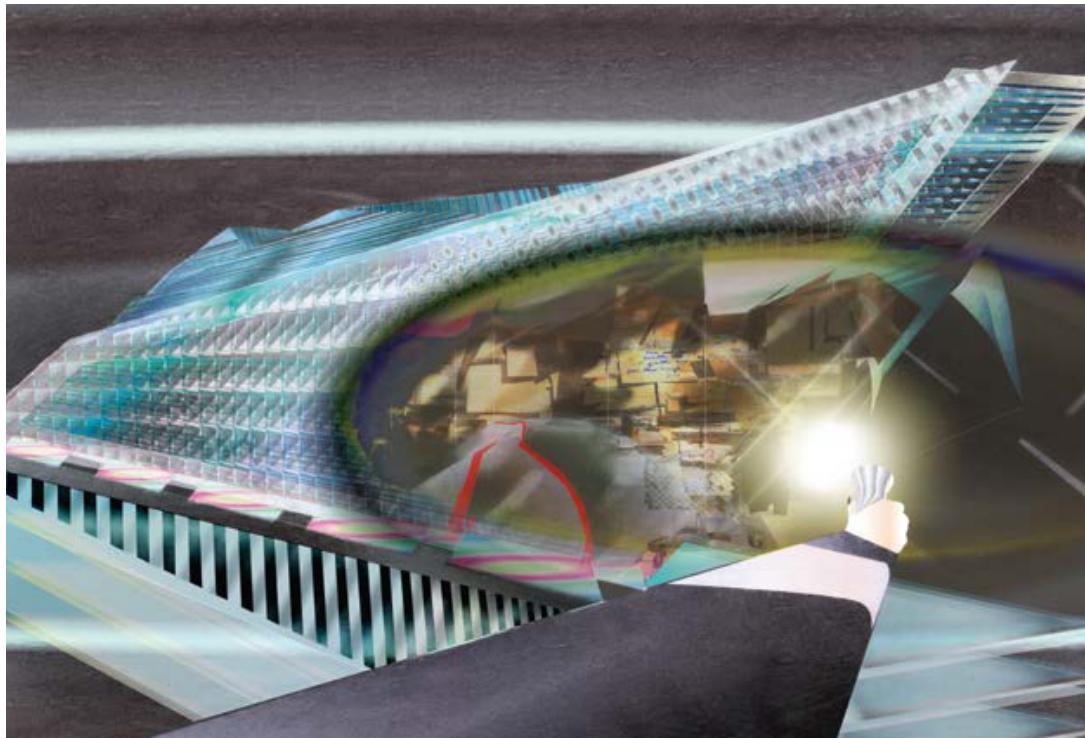
rentabel gelten und dann auf der Straße landen. Das wiederum erhöht den Druck auf die Löhne insgesamt, weil die Arbeitenden gegeneinander stärker als sowieso schon um Jobs konkurrieren. So kann die Leistungsästhetik ihre toxische Kraft entfalten. Es gibt liberale Ökonominnen und Politiker*innen, die haben nicht nur mit Armut kein großes Problem, sondern sehen darin sogar einen gewissen Nutzen für die Gesellschaft. In dieser Lesart ist Armut eine Art Ansporn: Niemand will da landen, lieber gibt man alles.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist lohnabhängig und muss ihre Arbeitskraft verkaufen – aber diese Menschen leben, durch verschiedene Einkommenshöhen, dann doch teilweise in sehr unterschiedlichen Verhältnissen. Genau, es gibt eine starke Ausdifferenzierung in unterschiedlichsten Einkommensschichten, quer darüber legen sich verschiedene Milieus. Eine Person mit akademischem Bildungshintergrund bspw., was das soziale Milieu beschreibt, muss nicht zwangsläufig gut verdienen, was dann die Einkommensschicht meint. Historisch ist die Zusammensetzung der Klasse immer im Wandel. Ein beträchtlicher Teil der Lohnabhängigen kann übrigens seine Arbeitskraft nicht oder kaum verkaufen. Damit meine ich nicht kranke Menschen. Ich meine Menschen, die „ans Haus gebunden sind“, weil sie Kinder großziehen, kranke oder alte Angehörige pflegen oder oder oder. Sie sind vom Lohn abhängig, wie eben alle ohne Vermögen. Und dann sind sie aber zusätzlich noch von Personen abhängig, die ihnen etwas von ihrem Lohn abtreten. Oder vom Staat. In dieser doppelten finanziellen Abhängigkeit sind sie besonders vulnerabel. Das gilt übrigens nicht für alle. Reiche können Care-Arbeit outsourcen. Also hat auch das Patriarchat einen Klassencharakter.

Was wäre eine Armutbekämpfung, die über reformistische Ansätze hinausgeht? Man müsste als Einstiegsprojekt die soziale Infrastruktur massiv ausbauen und sie in eine öffentliche,

demokratische und kooperative Selbstverwaltung übergeben, die nicht nur für hohe Qualität sorgt, sondern auch garantiert, dass der Zugang niedrigschwellig bleibt, idealerweise umsonst. Das würde schon mal sehr viel weniger abhängig machen von den Härten des Marktes. Perspektivisch müsste eine solche Produktionsweise, die sich jenseits vom Tausch Ware gegen Geld vollzieht und statt Gewinnmaximierung das Bedürfnis aller Menschen in den Mittelpunkt stellt, sukzessive alle Lebensbereiche ergreifen.

Sabine Nuss ist politische Ökonomin und Autorin.
Sie schreibt, spricht und podcastet u.a. zu den Themen
Eigentum und Vergesellschaftung. Ihre Texte und
Vorträge sind im Netz dokumentiert unter sabinenuss.de



NAH- AUFNAHME: ASCHEN- BECHER

Von Paula Irmschler

Seit es Armut ins Marginalisierungsbingo geschafft hat, gefallen sich Verlage darin, Bücher zu dem Thema zu veröffentlichen. Ändern tut das eher nichts.

Als Pubertierende soll man sich ja für alles Mögliche schämen: Körper, Haut, Klamotten, Sexualleben – es sei denn, man hat die „richtigen“ Versionen davon. Wofür man sich z.B. aber auch schämen soll, wenn man arm ist. Besonders äußert sich das an fehlender Teilhaber. Man kann gar nicht dazugehören, weil alles Geld kostet – Eis essen gehen, in Sportvereinen trainieren, goldene Creolen bei H&M kaufen oder Instrumente zum Bandgründen.

Das alles oder vieles davon geht nicht, wenn man arm ist. Und die kapitalistische Zurichtung sorgt dafür, dass man keine Solidarität erfährt, sondern gemobbt wird. Also erfindet man Ausreden, lügt, verheimlicht. Die eigene Herkunft darf kein Problem sein, das alle angeht, sondern soll ein persönliches sein und privat bleiben.

Doch seit einiger Zeit ist es ein neues Distinktionsmerkmal, in Armut aufgewachsen zu sein. Im Internet wird darum gebabbelt, wer eine prekäre Herkunft aufzuweisen hat und somit authentischer ist. Wer mehr gestruggelt hat in der Schule, an der Uni, beim Erlernen kultureller Codes, wer cooleres „Arme Leute“-Essen kennt und wie schwer es ist, sich als einziger Vertreter*in der eigenen Herkunftsklasse „hochzuarbeiten“. Seitdem der französische Soziologe Didier Eribon mit seinem Buch „Rückkehr nach Reims“, in dem es um dieses Thema geht, in Deutschland sehr erfolgreich war, ist es für Verlage auch hierzulande schick, einigen von uns Buchverträge und Öffentlichkeit zu „schenken“. Wir sollen jetzt mal erzählen, wie wir es geschafft haben, falls wir es geschafft haben. Für den Rest gibt es noch die Dokus mit Nahaufnahmen von Aschenbechern und Pfandflaschen plus Witze über Dialekte.

Die neuen Bücher über Klassismus, Armut und Herkunftsscham sind immer Rückschautexte: So war es damals bei mir, so schwierig

hatte ich es, meine Eltern hatten es sogar noch schwerer, und jetzt bin ich der Mittel- oder Oberschicht und schaue noch mal zurück. Unter diesen Büchern gibt es sicher welche, die armen Menschen Kraft geben, ihnen die Sichtbarkeit verschaffen, die sie sich wünschen. Viele von ihnen richten sich allerdings an ein bürgerliches Publikum und zementieren die Verhältnisse.

Leser*innen, die oben sind, aber weltoffen tun, begeben sich nämlich gern via Literatur in exotische Gefilde. Was würden sie auch ohne unsere Geschichten tun? Besuche in Fusionsküchen und Eigentümer*innenversammlungen geben halt nichts her. Und eines bleibt klar: Die oben haben die Kultur, die unten dürfen höchstens mal mitspielen. So manch eine Autor*in gibt diesen Heinis auch bereitwillig, was sie brauchen, stellt die eigene Familie aus, zeichnet sie als einfach und einfältig, beschreibt grobe, plumpé Körper und schiebt menschliche Abgründe auf die eigene Herkunft. Denn natürlich wird man nicht automatisch links oder feministisch, wenn man arm aufwächst (aktuelles Beispiel: US-Vizepräsident JD Vance, der mit seinem Armutsaufstiegsbuch „Hillbilly-Elegie“ berühmt wurde), sondern geht dem Aufstiegsmärchen vielleicht auch zu gern auf den Leim – und identifiziert sich lieber mit denen oben, wenn man endlich zu ihnen gehört.

Es ist allerdings auch möglich, solidarisch damit umzugehen, sich für Umverteilung einzusetzen – und für ein Ende von Armut. Dafür muss man als Erstes raus aus der Scham. Armut ist kein persönliches Problem und darf nicht privat bleiben. Armut ist nicht exotisch, keine Ausnahme, sondern Normalität. Und deswegen muss man handeln, statt sich nur individuelle Geschichten zu erzählen. Dann lesen wir irgendwann von Armut nur noch in historischen und dystopischen Romanen – spannend. ●